

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 60 Pfg., von auswärts 75 Pfg., Korbwaren- u. Wohnungsanzeigen nach bei. Tarif, die 3-spaltige Anzeigenzeile 200 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 15 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2946. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 2320.

Nr. 29

Mittwoch, den 4. Februar 1920

11. Jahrgang

Eugen Sellin †.

Genosse Eugen Sellin ist gestern abend auf der Fahrt nach Berlin im D-Zug plötzlich verstorben.

Die Danziger und westpreussische Sozialdemokratie hat mit Eugen Sellin einen ihrer bewährtesten Vorkämpfer verloren. An drei Jahrzehnte ist er in Danzig und Westpreußen ein Vorkämpfer für den Sozialismus gewesen. War schon im übrigen Deutschland der Kampf für den Sozialismus auch nach dem Fall des Sozialistengesetzes ein äußerst schwieriger, so trifft dies besonders für unsere Heimatprovinz Westpreußen zu. Polizeiwillkür und eine reaktionäre Bureaucratie, Junkertum und Kirche sahen hier ihre hauptsächlichste Aufgabe in der Bekämpfung der Sozialdemokratie. Diese hatte gegen die reaktionären Mächte einen schweren Kampf zu führen. Eugen Sellin ist stets ein unermüdblicher Sämann für den Sozialismus auf diesem steinigem Boden gewesen.

In dem Verschiedenen verkörperte sich in identischer Weise der Klassenbewußte Arbeiter, der sowohl für die Partei als auch für seine Gewerkschaft in aufopfernder Weise tätig war. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes, als der Sozialdemokratischen Partei die feste Organisationsform nicht möglich war, wurde ihm vom Parteivorstand das Amt des Vertrauensmanns für Westpreußen übertragen. Den Parteiverein Danzig-Stadt hat er mitbegründet und war längere Zeit dessen Vorsitzender. Seit Gründung der Bezirksorganisation für Westpreußen gehörte er auch dem Bezirksvorstand an. Im vorigen Jahre wurde er zum Abgeordneten für die Preussische Landesversammlung gewählt und war eines der fleißigsten Mitglieder derselben.

Dies verdankt dem Verschiedenen auch seine Berufsorganisation, der Verband der Zimmerer. Auch hier war er der Mitbegründer der örtlichen Organisation und bis vor kurzem deren Vorsitzender. Als Vertreter seiner Kollegen war er auch in der Westpreussischen Handwerkerkammer tätig.

Eugen Sellin ist in den Seelen gestorben. Sein Amt als Abgeordneter faßte er so ernst auf, daß er auch jetzt nach dem Ausscheiden Danzigs aus dem deutschen Staatsverbande keine Sitzung veräumen wollte. — Die jungen Elemente, die in den letzten Jahren in die politische Bewegung eingetreten sind, und jetzt so häufig das große Wort führen, andere als Arbeiterderräter beschimpfen und sich für die wahren Revolutionäre ansehen, hätten von dem Verstorbenen lernen können, was es bedeutet, ein Pionier für den Sozialismus zu sein. An Arbeitseifer und Pflichttreue kam ihm keiner zuvor. Danzigs Proletariat wird Eugen Sellin stets ein dankbares Andenken bewahren.

Der Verstorbene hat ein Alter von 58 Jahren erreicht. Er hatte das Zimmererhandwerk erlernt und war später lange Jahre als Zimmererpolier tätig. Seit 1914 war er Geschäftsführer der „Allgemeinen Ortskrankenkasse Danziger Niederung“. Von seinen beiden Söhnen schmachtet der eine seit Jahren in russischer Gefangenschaft in Sibirien.

Genosse Sellin ist wahrscheinlich einem Herzschlag erlegen. Er beabsichtigte gestern abend mit dem D-Zug nach Berlin zu den Sitzungen der Landesversammlung zu fahren. In seinem Wägelchen befand sich auch der Genosse Brill, der nach Hamburg fahren wollte. Schon in Danzig plagte Sellin über Unwohlsein. Er legte sich dann in einem Abteil zum Schlaf nieder und unterhielt sich noch mit dem Gen. Brill. Hinter Joppot stöhnte er plötzlich mehrere Male auf und verstarb. Seine Leiche wurde vorläufig in Neustadt aufgebahrt.

Die uneinigen Ententebotschafter.

Paris, 3. Feb. Die Botschafterkonferenz genehmigte den Text der Note, die heute nachmittag Freiherren v. Serener mit der Liste der Personen, deren Auslieferung verlangt wird, überreicht werden soll. Die Konferenz beschloß sich wiederum mit dem Entwurf einer neuen Note, die an die Regierung der Niederlande in betreff der Auslieferung Kaiser Wilhelms abgefaßt werden soll. Nach dem „Temps“ und nach dem „Journal des Debats“ bestimme vorher nicht die Absicht, Zwangsmaßnahmen, die bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Holland oder bis zur Blockade gehen, anzuwenden. Ueber den Text der Note konnte keine Einigung erzielt werden, da die Botschafter mit ihren Regierungen darüber in Verhandlungen einzutreten wünschen.

Bern, 3. Feb. Wie der Pariser Korrespondent der „Baseler Nationalzeitung“ berichtet, lehnt Frankreich mit seiner Forderung, dem ehemaligen deutschen Kaiser den Prozeß zu machen, nahezu allein. Auf der Botschafterkonferenz in Paris hat der italienische Botschafter nunmehr erklärt, es sei ihm nicht möglich, irgendwelche juristischen Einwände gegen die

holländischen Ausführungen aufzubringen. Der japanische Botschafter schloß sich diesen Ausführungen mit der Erklärung an, die erste Note an Holland sei ohne sein Wissen erfolgt und er verzichte auf seine Mitwirkung an der bevorstehenden zweiten Note. Der englische Botschafter schloß das Ausbleiben von Instruktionen aus England vor und der amerikanische Botschafter versteckt sich hinter der Nichtratifikation.

Preussische Ministerreise im Rheinland.

Ministerpräsident Hirth gegen die Loslösungsbestrebungen. Köln, 3. Feb. (W. L. B.) Im Rathaus fand heute vormittag ein Empfang der preussischen Minister statt. Der Oberbürgermeister sagte in seiner Begrüßungsansprache u. a. Das Rheinland stehe zwar unter fremdem Druck, doch gebiete es die Gerechtigkeit zu sagen, daß die oberste britische Verwaltung Verständnis und sogar ein teilnehmendes Mitgefühl für das Land gezeigt habe. Ministerpräsident Hirth erklärte darauf u. a.: Genau wie die Reichsregierung wird auch die preussische Staatsregierung weiterhin Einspruch erheben gegen die Maßnahmen, die mit dem Friedensvertrag nicht vereinbar sind. Nicht nachdrücklich genug kann die Staatsregierung warnen, vor all den Versuchen, die Rheinlande loszutrennen aus ihrer staatlichen Zugehörigkeit in der Hoffnung, dadurch Ziele zu erreichen, die letzten Endes doch nur durch die Trennung vom Reiche verwirklicht werden könnten. Die daraus erwachsenden Gefahren wollen wir gemeinsam mit Ihnen bannen. Es ist nicht richtig, daß das Bedürfnis nach staatlichen Reformen am Rhein begründeter wäre, als irgendwo sonst. Andererseits kann darüber keine Zweifel sein, daß die staatliche Umformung, wie sie im werdenden Staatsrecht des ganzen deutschen Reiches sich zu gestalten beginnt, nie den Vorwurf verdient, den Ländern dasienige an kulturelle Eigenart zu nehmen, das sie mit Recht für sich fordern dürfen. Das gilt für jeden deutschen Gau gleichmäßig.

65 000 Gefangene aus Frankreich heimgekehrt.

Berlin, 3. Feb. (W. L. B.) Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß bis zum 31. Januar rund 65 000 Gefangene, darunter über 1000 Offiziere aus französischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrt sind.

Die Räumung des ostpreussischen Abstammungsgebietes.

Königsberg, 3. Feb. (W. L. B.) Das Wehrkreiskommando teilt mit: Die Räumung der zweiten Zone des ostpreussischen Abstammungsgebietes mit den Städten Marggrabowa, Ortelsburg, Passenheim, Hohenstein und Gilsenburg ist durchgeführt. In Deutsch-Eylau ist der erste Transport der Entente-truppen von einem englischen Bataillon eingetroffen. Das englische Bataillon ist für Allenstein bestimmt und wird nur vorübergehend in Deutsch-Eylau untergebracht. Nach Räumung Allensteins wird das Bataillon nach Allenstein gelegt werden.

Die Diktatur des Proletariats im Freistaat.

Spricht die Propagierung der Diktatur des Proletariats schon im großen Wirtschaftsgebiet Deutschlands aller sozialistischer Erkenntnis und allen tatsächlichen Verhältnissen Hohn, so ist es direkt eine Karreterie, die Diktatur als das Heilmittel des Proletariats im Freistaat Danzig hinzustellen. Der Freistaat Danzig ist mit seinen 350 000 Einwohnern eines der kleinsten Staatsgebilde Europas. Er ist wirtschaftlich und politisch völlig von der allmächtigen Entente abhängig. Gerade um dem englischen Handel in der Ostsee einen starken Stützpunkt zu geben, ist er gegen den Willen Bolens von England ins Leben gerufen worden. England und Amerika aber sind heute die Staaten kapitalistischer Hochkultur, und es ist ein Wagnis anzunehmen, daß diese es zulassen würden, daß die Diktatur des Proletariats in Danzig eine sozialistische Paradiesinsel inmitten des kapitalistischen Weltmeeres schaffen würde.

Unsere Unabhängigen hoffen allerdings stark auf die Hilfe des internationalen Proletariats. Unser internationales Solidaritätsgefühl soll uns nie verleiten, Hoffnungen zu hegen, die sich nie erfüllen werden. Und die Unabhängigen sollten aus ihren bisherigen „revolutionären Taten“ gelernt haben. Als sie im Sommer vorigen Jahres mit großem Lärm den Aktionsausflug ins Leben riefen, war dessen erste Tat Clemenceau und Lloyd George anzulegraphieren. Natürlich haben diese dem unabhängigen Revolutionstribunal nie eine Antwort gegeben. Aber manche lerner auch aus den beweiskräftigsten Tatsachen noch nicht und so glauben unsere Unabhängigen, es kann mit einigen Aufrufen an das internationale Proletariat machen zu können. Es ist schade, daß sie nicht auch diese Probe aufs Exempel gemacht haben. Der Erfolg wäre derselbe gewesen, wie beim Anlegraphieren von Lloyd George und Clemenceau.

Nun gibt es aber ganz Weise unter den Unabhängigen, die da sagen: „In Danzig allein soll die Diktatur auch nicht aufgerichtet werden. Aber in kurzer Zeit wird auch in Eng-

land, Amerika, Frankreich und vielleicht auch in China und Japan die Weltrevolution gestiegen haben und dann dürfen wir Danziger nicht zurückstehen.“ In Amerika und England aber denkt kein Mensch an baskhemistische Experimente. Die Gruppen, die in jenen Ländern mit dem Bolschewismus siebäugen, sind politisch völlig einflusslos. Die große Masse des Proletariats steht dort auf dem Boden der Demokratie.

Sind aber die Aussichten für eine proletarische Diktatur in den Ländern der Entente gänzlich aussichtslos, so steht es damit auch nicht viel anders in Deutschland. Zwar predigen in Volksversammlungen die Unabhängigen die baldige Diktatur des Proletariats. Diesen unter ihnen aber, die sich noch einen Funken von Ueberlegung bewahrt haben, urteilen ganz anders. Wir wollen gar nicht einmal Kautsky und Ströbel zitieren, die doch auch noch der unabhängigen Partei angehören, aber längst schon einen anderen Standpunkt einnehmen als die Crispian. Däumli und Leichenmüller. Dr. Hifferding aber ist der Chefredakteur der augenblicklich verbotenen „Freiheit“ und nimmt in der unabhängigen Partei eine führende Stellung ein. Selbst dieser erklärte vor kurzem, daß eine proletarische Diktatur in Deutschland sich nur eine ganz kurze Zeit halten würde.

Wenn aber schon in Deutschland eine proletarische Diktatur nur von kurzer Dauer sein würde, wie töricht ist es dann, eine solche im Freistaat Danzig errichten zu wollen. Deren Herrschaft würde nicht erst in einigen Wochen, sondern schon in einigen Tagen, wahrscheinlich schon in wenigen Stunden zusammenbrechen. Die Entente hat schließlich doch ihre Truppen nicht hergeschickt, damit diese sich in den Ostseebädern einer Kur unterziehen sollen. Aber es gibt Unabhängige, die sogar gegen die Entente-truppen ein Heilmittel wissen. Erklärte doch auf dem gemeinsamen Parteitag ein Unabhängiger, daß wir die Ententebesatzung in kurzer Zeit zu revolutionären Sozialisten machen würden. Es lohnt sich wahrlich nicht, auf dieses humme Gewäsch näher einzugehen.

Die soziale Revolution kann mit Ruchlosen, Anträgen und ähnlichem „Ginsesang“ nicht gemacht werden. Es gibt unter den Unabhängigen, selbst unter denen, die sich zum „Führer“ berufen können, so viel unklare Köpfe, die noch nicht einmal den Unterschied zwischen einer sozialen und einer politischen Revolution wissen. Will das Danziger Proletariat erfolgreich seinen Befreiungskampf führen, so gibt es nur einen Weg, der zum Ziele führt: der Kampf in den Reihen der Sozialdemokratischen Partei.

Der Sieg der Reaktion.

Zu den Nationalwahlen in Ungarn (siehe die Wiener Arbeiterzeitung:

Obwohl noch keine abschließenden Berichte vorliegen, kann man daran nicht zweifeln, daß in der ungarischen Nationalversammlung die monarchistische Reaktion schwarzer Farbe ohne irgendein politisches Gegenwärtiges herrschen wird. Es scheint, daß die sogenannte christlich-sozialistische Partei die Mehrheit der Mandate erhalten wird. Man muß von dem heutigen Tage mit der Tatsache rechnen, daß sich die magyarische Reaktion, die bisher ein unerbittlicher Absolutismus war, nun den Schein einer parlamentarischen, sich auf den Volkswillen stützenden Regierung zulegen und darauf so manche Ansprüche gründen wird. Diese Nationalversammlung vertritt natürlich nicht den Willen des ungarischen Volkes, denn eine Willensäußerung des Volkes konnte ohne Presse- und Redefreiheit, ohne Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit nicht erfolgen. Der gegenrevolutionären Hysterie und dem Terror einer tollgewordenen Soldateska und einer von Rachegeistes geleiteten Verwaltung, nicht dem freien, demokratischen Wahlrecht hat diese Nationalversammlung ihre Seele zu verdanken. Nichtsdestoweniger bedeutet sie ein, wenn auch vorübergehendes, Kräftegleichgewicht für die magyarische Reaktion und eine Bedrohung der ungarischen demokratischen Entwicklung der Donauländer. Der Ausgang der Wahlen ist eine Tragödie, denn aus ihr wird das ungarische Volk, so hoch der ungarischen Wahlmacht für das Königtum, und der König in Budapest bedeutet eine kriegerische Politik, die auf die Wiederaufrichtung Ungarns in seinen alten Grenzen ausgeht. Natürlich werden in allen diesen Fragen noch andre Machtfaktoren ein Wort mitzureden haben und man hat schon gleich reaktionäre Parlamente in gleichen Tagen gesehen, die aber dann trotzdem ihren Plan, die Aufrihtung der Monarchie, nicht durchsetzen konnten. Die französische Nationalversammlung von 1871, das finnische Abgeordnetenhaus im Jahre 1918 hatten dieselben Absichten wie die Habsburgertröche von 1920 in Budapest und trotz alledem ist weder in Frankreich noch in Finnland ein König über dem Volke. Aber es wäre ein Irrtum und ein Fehler, die durch das Zustandekommen dieser reaktionären Nationalversammlung erfolgte Stärkung der internationalen Reaktion auf die letzte Schale zu nehmen.

Die Königsberger „Freiheit“ verboten.

Königsberg, 3. Feb. (W. L. B.) Durch Verordnung des Befehlshabers des Wehrkreismandos I ist die heutige Nummer der unabhängigen „Freiheit“ wegen ihres verheerenden Inhalts beschlagnahmt und das Blatt auf die Dauer von vier Wochen verboten worden. Ueber den verantwortlichen Redakteur wurde die Schußhaft verhängt.

Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft?

Von Friedr. Klees.

Durch die unabhängige Presse lief ein Artikel über die Kosten der notwendigen Lebensmittel. Er stützt sich auf Untersuchungen, die der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, Professor Dr. Silbergleit angestellt hat und die zu dem Ergebnis führen, daß das Existenzminimum einer vierköpfigen Familie im Jahre 1920 rund 12 000 Mk. beträgt, sofern die Preise dieselben bleiben, wie zu Jahresbeginn. Allein in dem Vierteljahr von August bis November 1919 seien die Preise für die notwendigen Nahrungsmittel um rund 100 Prozent gestiegen.

In einer Sitzung einer öffentlichen Körperschaft, in der Vertreter aller Parteien vorhanden sind, kam man anlässlich der Festlegung von laufenden Witwengeldern auf diesen Artikel zu sprechen. Ein bürgerlicher Nationalökonom meinte, es sei eine Irreführung der Bevölkerung, wenn an die Ergebnisse der Feststellung das Verlangen geknüpft werde, es müsse nun jeder vierköpfigen Familie ein Einkommen von 12 000 Mark verschafft werden. Dadurch werde die Geldentwertung nur noch weiter gesteigert, denn es würde zu Anschaffungen angereizt, die sonst nicht möglich sind. Damit im Zusammenhang stünden wieder Preisüberbietungen, und die Folge sei, daß alles noch teurer wird.

Die Vertreter der unabhängigen Partei schwiegen sich zunächst vollkommen aus, und als sie gezwungen waren, das Wort zu nehmen, ließen sie eine Schimpferei über den „Bucher“ los. Die jetzigen Geldverhältnisse bedeuteten den Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft. Der Kapitalismus sei nicht fähig, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden. Es könne hier nur die Einführung der „Bedarfswirtschaft“ helfen. Was sie unter dieser verstehen, sagten sie freilich nicht. Auch sonst konnten sie kein Abwehrtitel angeben. Sie meinten nur, es werde bald anders werden und auf den Trümmern eine neue, bessere Welt entstehen.

Wie liegen nun die Dinge für den nüchternen Beobachter? Zunächst sei noch festzustellen, daß es große Teuerungen doch schon oft gegeben hat, meist im Zusammenhang mit Kriegen. Während des 30-jährigen Krieges wurde hier und da infolge der Hungersnöde das Mehl und Silber aufgeworfen. Der siebenjährige Krieg brachte eine bis dahin nicht gekannte Verteuerung des Lebensunterhaltes. Nicht anders waren die Begleiterscheinungen der sogenannten Befreiungskriege. Es ist nur die Auswirkung eines ehenen wirtschaftlichen Geschehes, wenn uns der Weltkrieg eine Riesenteuerung brachte.

Ein Krieg, der ungezählte Massen der Bevölkerung der Erzeugung von Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen entzieht, erzeugt selbstverständlich eine Knappheit dieser Dinge. Es mußte infolgedessen der Verbrauch eingeschränkt werden. Das wurde durch die Rationierung zwar auch versucht, doch mißlang sie erheblich. Mit Ausnahme für weniger Übermenschen suchte jeder durch Schleichhandel und ähnliche Kanäle sich mehr zu verschaffen, oft noch mehr, als er brauchte. Die alte Tatsache, daß sich die Preise aller Gegenstände nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage richten, trat natürlich auch hier wieder in die Erscheinung. Manche unelastische Maßnahme der Regierung, namentlich während des Krieges, verschärfte die Zustände. So wurden beispielsweise für Heereslieferungen ohne weiteres Summen bewilligt, die alles Gewohnte weit übertrafen und einen Anstoß zu Lieferforderungen der Erzeuger auch für andere Gegenstände auslöste.

Die ungewöhnliche, abgleitende Bahn, auf der sich das Wirtschaftsgeschehen befindet und noch befindet, löste, da Böses fortzuehend Böses muß geschehen, noch andere Mißstände aus. Da zwingt das Einhandeln des Barockes und andere Vorgänge zur übermäßigen Herstellung von Papiergeld. Dieses verliert in dem Umfang, in dem es an die Stelle des Metallgeldes tritt, an Kaufkraft. Bargeld ist aufgeschichtete Arbeit und ein Zahlungsmittel, Papiergeldwährung aber eine Anweisung auf zukünftige Arbeit und nur ein Kreditmittel. Durch die politischen Unruhen, die vielen Streiks usw. ist aber die Befürchtung gewachsen, namentlich im Ausland, daß das Reich die Kredite, das Papiergeld usw. nicht einlösen kann, und so sinkt der Wert des Papiergeldes, die „Valuta“, immer weiter. Noch andere Vorgänge, wie Massenankäufe reicher Leute, um ihr Geld vor den Vermögensverlusten in Schutz zu bringen, beeilte diesen Gang der Dinge.

So gut wie bei früheren Teuerungen das wirtschaftliche Leben nicht zusammengebrochen ist, sondern sich wieder im Laufe der Zeit erholt hat, so wird es auch die jetzige Krise überleben. Wie sollte man sich auch den Zusammenbruch vorstellen? Er ist schon soziologisch technisch nicht gut denkbar. Was auch nur den von so manchen Leuten befürchteten „Staatsbankrott“ anbetrifft, so kann dieser nur in einer teilweisen Einschränkung der Zahlungspflichten des Reiches bestehen. Auf keinen Fall darf man sich einen „Zusammenbruch“ so vorstellen, daß auf ihm die „Bedarfswirtschaft“ oder der sozialistische Staat erwachse. Es ist schon oft darauf hingewiesen worden, daß eine sozialistische Organisation unseres Wirtschaftslebens nur nach und nach eingeleitet werden kann. Ist doch selbst in Rußland, in dem die wirtschaftlichen Zustände noch unheilvoller sind als bei uns, noch kein Zusammenbruch mit anschließendem Entstehen eines sozialistischen Wirtschaftslebens eingetreten.

Die Befreiung der gegenwärtigen Krise kann durch Bekämpfung ihrer Ursachen angebahnt werden. Das ist das beste Heilmittel bei jeder Krankheit. Da wir sehen, daß die Zustände hauptsächlich auf den Mangel an Waren zurückzuführen sind, so ergibt sich hieraus zunächst die Pflicht zur Vermehrung der Gütererzeugung. Die Hebung der Produktion hat das Lösungswort zu sein. Ihr sollte die größte Förderung zuteil werden. Die Steigerung der Warenherstellung wurde auch unsere Aufgabe verbessern und statt des Papiergeldes gute Realwerte als Zahlungsmittel in das Ausland bringen. Berechnet man doch, daß 32 Milliarden Mark deutsches Geld (natürlich fast ausschließlich in Papier) sich im Ausland befinden sollen.

Am übrigen sollte auch mit mehr Energie als bisher der mörderischen Preisbildung entgegengetreten werden. Die Regierung könnte hier mehr tun. In Fragen der Prämien-gewährung, der Beschäftigungsbeihilfen usw. sollte große Rücksicht geübt werden. Das Publikum sollte sich aber auch selbst mehr vor Preistreibern hüten. Es gibt leider Leute, die solche Dinge, die sie nicht unter allen Umständen brauchen, um jeden Preis kaufen. Mit der größten Gleichgültigkeit wird oft jeder Forderung entsprochen. Ohne Beschränkung des Verbrauches wird eine Selbsthilfe freilich nicht abgehen.

Aber was sonst? Sind die Waren knapp, so muß eben in ihrer Verwendung eine Sparzaamkeit eintreten. Nur durch genügende, dem Bedarf entsprechende Mengen von Waren (um nicht zu sagen durch Ueberfluß an Waren) kann ihr Preis wieder herabgedrückt und das natürliche Verhältnis hergestellt werden. Das Reichsnahrungsmittelamt wird wahrheitsgemäß auch die Krankheit unseres Wirtschaftslebens mildern. Es hebt die Zahlungsfähigkeit und das Ansehen des Reiches und beschränkt hoffentlich die Verschwendungssucht mancher Reichen. Wenn alle beruflichen Stellen ihre Pflichten in angebotener Richtung tun, so werden zwar die Preise aus der Vorkriegszeit noch nicht wiederkommen, aber es wird sich eine gerechtere Preisbildung entwickeln und ein Ausgleich zwischen Einkommen und Aufwendung von Arbeitern und Angestellten eintreten.

Der Kaukasus will Frieden.

Herr Winston Churchill macht die größten Anstrengungen, um England aufs neue in einen Krieg mit Rußland zu verwickeln. Er will den Kaukasus gegen den Bolschewismus „beschützen“, aber der Kaukasus dankt einstweilen für diesen „Schutz“, der für ihn eine große Gefahr wäre. Ein Vertreter von Aserbeidschau, einer der transkaukasischen Republiken, Herr Cheib-ul-Islam Jads, erklärte dem „Daily Herald“ gegenüber, daß das Volk von Aserbeidschau „zwei Dinge wünscht — Friede und Unabhängigkeit. Wir sind darauf bedacht, die Beziehungen mit der Sowjet-Republik wiederherzustellen. Natürlicherweise, denn Rußland war der Hauptkonsument unseres Oeles und muß es bleiben. Wir haben keine fremde Hilfe verlangt, obwohl wir es tun müßten, wenn die Bolschewiki uns angreifen. Unsere große Sorge in diesem Augenblick ist, daß wir und die anderen transkaukasischen Republiken — mit denen wir in freundschaftlichsten Beziehungen leben — zur Basis eines neuen Angriffs auf Sowjetrußland gemacht werden könnten. Das ist ein anderer Grund, weshalb wir bemüht sind, daß die Moskauer Regierung ausdrücklich unsere Unabhängigkeit anerkennet. Das würde jeden Vorwand für fremde Interventionen in Transkaukasien hinfällig machen. Vor allem anderen ist „Intervention“ — ob von Seiten der Alliierten oder von Seiten der Bolschewiki — dasjenige, was wir vermeiden wollen. Wir wünschen und wir verlangen das Recht, unser Geschick selbst zu leiten als eine demokratische Republik ohne fremde Hilfe irgendwelcher Art.“

Deutschland.

Die verjudeten Hohenzollern.

Wenn auch einige Monarchisten in Deutschland am 27. Januar etwas reichlicher dem Alkohol zusprachen, um so „in Treue ihres geliebten Kaisers zu gedenken“, bei den ganz echten und deutschen Monarchisten haben die Hohenzollern ausgespielt. Und zwar, weil auch sie verjudet waren. Am antilebendigen Kaffhäuserverlag ist kürzlich ein 206 Seiten starkes Buch erschienen, in dem nachgewiesen wird, daß Wilhelm den Untergang Deutschlands verschuldet hat, weil er und sein Geschlecht zu sehr verjudet waren. Es heißt in dem Buche:

„Wilhelm II. ist physisch weit mehr nach seiner Mutter als Jüdisch-Roburger, denn als hochgradige Hohenzoller geratet. Er ist ein brennender Beleg dafür, daß das Blut, nicht die Erziehung in der Entwicklung höchstehender Menschen ausschlaggebend ist. Mißlingen eignen die Fehler der beiden Rassen, aus welchen sie hervorgegangen. Da schauspielerische Talente der Juden ist bekannt. Auch auf ihn ist davon eine Überbegehung, auch er mitle alles: das vom Götterwahn befallene Gottesgnadentum, den schlagien-gewinnenden General, Kunst- und Musikritter, Maler, Prediger, Komponisten. Er mimte den christlichen Herrschen sie hervorgegangen. Das schauspielerische Staats-Judenwilde riß er selbst gern und hörte auch gern solche. Der jüdische Wandertrieb in ihm ließ ihn zum Reiseläufer werden. Scharf war seine Phyche wie die eines jeden Mißlings. Wilhelm II. war darum auch nur das Zerrbild eines deutschen Kaisers, eben ein undeutlicher „Semi-Imperator-Reg.“ unter dem wir lächlich reiert wurden.“

Auch der ehemalige Kronprinz war nicht mehr ganz judenrein, wenn auch er schon eher völkischer dachte und handelte.

„Aber auch er nannte das jüdische Uebel nie beim wahren Namen, denn auch er — und das ist eben das Niederziehende — ist sich seines jüdischen Blutverwandes bewußt und muß Vorhalt dessen von jüdischer Seite besorgen.“ Deshalb weg mit den Hohenzollern! „Der Gedanke an eine Wiedererhebung Wilhelms II. oder eines der judaisierten Hohenzollern muß endgültig fallen — der ehrliebe deutsche Sozialismus steht selbst uns Monarchisten viel näher wie jedwede jüdisch gesteuerte Dynastie.“

Hoffentlich sehen sich die deutschen Monarchisten rechtzeitig nach andern Thronkandidaten um, die allen deutschen Ansprüchen genügen. Die Hohenzollern haben bei den echten Monarchisten ausgespielt.

Der Hamburger Meißel-Skandal.

Zentrum stellte eine deutsch-nationale Berliner Universitätslehrer Goethe und Bismarck in einen Gegensatz; wir müßten was von Goethe und hin zu Bismarck. Die Hamburger Deutsch-nationalen haben uns eine Probe davon gegeben, indem sie Stintbomben und Stintbeine gegen den Schauspieler Meißel warfen, der Goethe, Heine und andere deutsche Poete lesen wollte.

Aus Hamburg wird dazu noch gebracht: Die deutsch-nationale „Demonstration“, der es am Donnerstag gelungen war, einen Vortragsabend von Alexander Meißel zu sprengen, ist — wie festgestellt wird — seit langem vorbereitet gewesen. Es bestand in Hamburg eine sogenannte „Bühnenwehr“ der Zeitschrift „Der Kampf“, deren Ueberreste aus einer alldeutschen verhegten Gesellschaft bestanden, die nachgerade eine Gefahr für die öffentliche Ruhe und Sicherheit in Hamburg wird. Es stellt sich heraus, daß bereits über eine Woche vor der Veranstaltung diese Elemente sich Eintrittskarten verschafft hatten. Sie hatten dabei ganz offen gesagt, daß sie mit allen Mitteln versuchen würden, die Veranstaltung unmöglich zu machen. Das Sekretariat hatte sich daraufhin an den Garnisonältesten Oberst von Wangenheim gemeldet und ihn gebeten, die nötigen Schritte zu unternehmen, um die geplante Aktion unmöglich zu machen.

Vom Garnisonältesten war aber ein ablesender Schreiben ergangen, in welchem er bemerkte, daß nichts davon bekannt sei. Erghem kam es zu den empörenden Ausschreitungen. Das „Hamburger Echo“ stellt nunmehr fest, daß diese Bahntreiber Zeitschriftler planmäßig in gegenrevolutionärem Sinne geleitet werden, daß sie geheime Zusammenkünfte haben, wo von den Führern die Leute dahin instruiert wurden, die Meißel-Veranstaltung zu sprengen, daß die Leute sich Stintbomben und Explosionskörper bedienten, die Staatselgentum seien. Unser Parteiblatt verlangt von den Inhabern der Regierungsgewalt in Hamburg die sofortige Auflösung dieser Truppe, von der nicht bekannt sei, ob sie ein regulärer Truppkörper oder lediglich ein Verein staatsfeindlicher Elemente sei, die sich im Besitz von Waffen befinden.

Ganze Klassen höherer Schüler waren mit ihren Lehrern zu dem Abend erschienen. Soll man es glauben, daß sie nicht kamen, um deutsche Dichter zu hören, sondern um einen Künstler niederzubrüllen, der als Kommunist ausgegeben wird? Er erklärt, sein Politiker zu sein. Aber ist der Goethe, den ein Kommunist läse, ein anderer?

Ein prinzipienfester „Revolutionär“.

Ministerheime ging in seiner bekannten Rede auf die Zusammenhänge zwischen Unabhängigen und Separationsbestrebungen im Rheinlande ein, wobei er besonders den Fall der Zeitung „Rheinische Republik“ erwähnte.

Von unterrichteter Seite wird hierzu noch u. a. mitgeteilt: Am 22. September erschien unaufgefordert in einer preussischen Zentralregierungsstelle Herr Baumann als Chefredakteur der „Rheinischen Republik“. Herr Baumann erzählte zunächst, wie das über diese Rücksprache aufgenommene Protokoll nachweist, daß er die literarische Stütze der Rheinischen Separationspolitik sei, und daß sein Blatt als Organ der unabhängigen sozialdemokratischen Partei anzusprechen wäre. Nach dieser Einleitung machte Herr Baumann das Angebot, seine Person künftighin der preussischen Sache zur Verfügung zu stellen. Er sei nämlich zu der Ueberzeugung gekommen, daß es doch eigentlich Unfinn sei, gegen Preußen zu arbeiten. Herr Baumann spezialisierte sodann die Bedingungen. Er forderte:

1. Ernennung zum Geheimen Regierungsrat,
2. feste Anstellung auf zehn Jahre als Propaganda-Chef mit 40 000 Mark Jahresgehalt und 100 000 Mark jährlich Repräsentationsgeldern,
3. einen jährlichen Propagandafonds von 2—3 Millionen Mark,
4. Amtswohnung mit zwei Mann Posten zu seiner persönlichen Sicherheit.

Herr Baumann wies seine persönliche Stellung für den großen Posten, für den er so bescheiden war sich selbst vorzuschlagen, dadurch nach, daß er mittelste, über die bestimmten Absichten der Gegner auf französischer Seite und auf der deutschen Rheinbündler informiert zu sein, da er mit allen Herren der Rheinischen Republik vier Monate lang tagaus tagein nicht bloß offiziell, sondern in den Familien verkehrt habe und da er genau wisse, was jeder einzelne will, und wie er es durchzusetzen trachtet. Außerdem aber besäße er das ganze urkundlich nur einmal vorhandene Meißel- und Propaganda-Material, das gegen Preußen und das Reich verwendet werden sollte. All dies Material und die schätzbare Person des Herrn Baumann selbst war also für die paar hundert Millionen jährlich käuflich, die Baumann verlangte. Es braucht wohl nicht betont werden, daß die preussische Regierung nicht auf die Baumannschen Angebote einging. Die Darstellung des Sachverhaltes dürfte hinreichen, um Herrn Baumann und seinen Plan in den Augen aller anständigen Menschen als erledigt gelten zu lassen, aber auch um deutlich zu zeigen, was für Elemente hinter der Bewegung stehen, die die Rheinlande von Preußen und damit vom Reich losreißen wollen, Elemente, deren politischer Idealismus da aufhört, wo mit der Gegenseite ein gutes Geldgeschäft zu machen ist. Auch die Unabhängigen in der Ostmark, insbesondere in Masuren und Oberschlesien, die erfreulicherweise zum Deutschum halten und ihre nationale Pflicht erfüllen, werden sich für die Parteigenossen nach dem Muster des Herrn Baumann wohl bedanken.

Die Syndikalistin und die Ereignisse vom 13. Januar.

Nachdem kürzlich die Kommunisten in der Hamburger „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ ausdrücklich erklärt hatten, daß die gesamte Führung bei der Aktion vom 13. Januar allein in den Händen der Unabhängigen gelegen habe und daher diese einzig und allein für die Vorgänge vor dem Reichstagsgebäude verantwortlich gemacht werden können, werden sich nun auch die Syndikalistin in dieser Angelegenheit gegen die Unabhängigen. Das Organ der freien Arbeiter-Union Deutschlands, „Der Syndikalist“, schreibt in seiner neuesten Nummer:

„Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratie war von allen guten Eisen verlassen, als sie den Reichstag sagte, am Dienstag, den 13. Januar, die Massen vor dem Reichstagsgebäude demonstrieren zu lassen gegen die Durchpfehlung des „Betriebsrätegesetzes“. Sie hat mit diesem Aufmarsch den deutschen revolutionären Proletariat einen Schlag versetzt, von dem es sich erst nach langer Zeit erholen kann, wenn die rechten Lehren von den Arbeitermassen aus der fürchterlichen Niederlage gezogen werden. Verharrt die Arbeiterklasse in ihrer geistigen Unselbstständigkeit, dann ist die „altrreiche“ deutsche Revolution am 13. Januar 1920 durch die Schuld zweier, sich gegenseitig mit Gift und Galle bekämpfender sozialdemokratischer Parteien erschossen.“

Im weiteren beschuldigt der „Syndikalist“ die U. S. D. nicht nur mangelhaft, sondern auch unkonsequent gehandelt zu haben:

Die U. S. D. hat die Massen vor das Reichstagsgebäude, vor die Maschinengewehre, gerufen. Wo aber waren die unabhängigen Abgeordneten? Sie waren hinter den Maschinengewehren, im Parlamentsgebäude. Wer die Massen zur Aktion aufrief, der hat die verdamnte Pflicht an der Spitze zu marschieren. Statt dessen blieb die demonstrierende Masse — die bis heute von der Sozialdemokratie zur Unverantwortlichkeit erzogen wurde — führerlos. Wer einmal in MassenDemonstrationen sich bewegt hat, der weiß, wie leicht es einem bezahlten Strolch gelingt, die Masse zu misshandeln. Deshalb schon mußten die U. S. D. Abgeordneten selbst bei der Masse und nicht im schützenden Gebäude sein. Sie aber überließen die Führung der Demonstration zweifelhaften „Matrosen“. Selbstverständlich hat man so wenig von einem verletzten, als verhafteten Matrosen gehört. Alle diese letzten Argumente führen auch die Kaiser-sozialisten an. Deshalb sind die nicht weniger zutreffend.“

Danziger Stadtverordneten-Versammlung.

Carlson am Pranger.

Die Sitzung wird vom Vorsteher Keruth eröffnet. Anwesend sind 54 Stadtverordnete. Rätke von ist zum ersten Male erschienen und wird von dem Bürgermeister Dr. Bahl in der herkömmlichen Weise durch Handschlag verpflichtet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Genosse Krchanski eine dringliche Anfrage betreffend

Schichau-Angelegenheit.

Die Anfrage hat folgenden Wortlaut:

1. Ist dem Magistrat bekannt, daß die Firma F. Schichau am 2. Februar durch Schließung ihrer Werke 2600 Arbeiter freistellend entlassen hat?
2. Was gedenkt der Magistrat zu tun, um die durch die Massenentlassung entstandene Not zu lindern?
3. Ist der Magistrat gewillt und bereit, neben der geltenden Arbeitslosenunterstützung Geld und Naturalien an die Arbeitslosen zu überweisen?

Die beiden sozialistischen Fraktionen unterstützen den Antrag. Widerspruch wird von keiner Seite erhoben. Bürgermeister Dr. Bahl erklärt sich bereit, in Vertretung des Oberbürgermeisters Sahm, der durch Teilnahme an einer Sitzung augenblicklich verhindert ist, die Anfrage zu beantworten. Bindende Erklärungen kann er jedoch nicht abgeben, da der Magistrat sich erst am nächsten Tage mit der Sache beschäftigen werde. Nachdem ein Antrag auf Besprechung der Anfrage angenommen worden ist, weist

Genosse Krchanski

als Redner unserer Fraktion auf die Bekanntmachung der Schichauwerke an den Anschlagtafeln der Stadt hin, nach der der Betrieb geschlossen und die Arbeiterschaft entlassen ist. Es werde versucht, das Inkrafttreten des Friedensvertrages reaktionären Zwecken dienstbar zu machen. Das Arbeitslosenleben solle noch vergrößert werden. Zu den 6000 Danziger Arbeitslosen kommen noch 2800 hiesige. Weitere 2800 Arbeiter, zum großen Teil mit Weib und Kindern, sollen dem Hunger preisgegeben werden. Als Grund der Entlassung werde Verstoß gegen die Arbeitsordnung angegeben. Seit wann sei das denn ein Grund zur Kündigung der ganzen Belegschaft. Dadurch werde der Arbeitslosenstand gewaltig belastet. Die Firma Schichau sei in der Lage, die gefährlichsten Löhne zu zahlen, die niedriger sind als die in den anderen Danziger Großbetrieben. Die Arbeiterschaft habe sowohl in den Lohnforderungen als in der Frage der Arbeitsordnung weitgehendes Entgegenkommen bewiesen. Die Unannehmlichkeiten auf der Werk haben keinen gewalttätigen Charakter gehabt. Es habe kein Grund zur Schließung des Betriebes vorgelegen. Die Opfer dieser schrecklichen Taten müssen geschützt werden. Es sei selbstverständlich, daß die Entlassenen die Gewerkschaften unterstützen, doch noch darüber hinaus müsse für die Bemittelten gesorgt werden, da niemand mit den Gehältern der Arbeitslosenunterstützung auskommen könne. Der Oberbürgermeister müsse hier eingreifen. (Dieser betritt inzwischen den Saal.)

Genosse Krchanski (Zentr.) bestätigt die Ausführungen des Vorredners. Die Bekanntmachung der Firma Schichau ergebe ein solches Bild. Es handelt sich nicht um einen Streik, sondern um eine Absperrung.

Stadtverordnetenvorsteher Keruth unterbricht den Redner und ersucht ihn, nicht auf die Ursachen der Bewegung einzugehen. Die Sozialisten erheben dagegen Widerspruch.

Genosse Krchanski beantragt, den Entlassenen die Gewerkschaftenunterstützung zuzusichern.

Man erklärt, daß die Schließung des Betriebes eine Provokation der Arbeiterschaft sei, die auf ordnungsmäßige Weise für ihre Forderungen gekämpft habe. Das Verhalten Carlsons (schädliche die Allgemeinheit. (Zwischenruf: Rauf mit ihm nach Schweden.) Die Erklärung des Oberbürgermeisters, daß er dem Beschluß der letzten Stadtverordnetenversammlung über die Erhöhung der Gewerkschaftenunterstützung nicht beitreten könne, sei eine Herausforderung der Arbeiterschaft.

Stadtverordneter (Dem.) beurteilt gleichfalls das Verhalten Carlsons. Die Arbeiter haben Entgegenkommen gezeigt, um das Wirtschaftsleben nicht auf das Spiel zu setzen. Die Firma gehe dagegen rücksichtslos und brutal vor.

Oberbürgermeister Sahm: Die Stadtverordnetenversammlung ist kein Schlichtungsausschuß und kann auf die Gründe für oder gegen nicht eingehen. (Sehr richtig! bei den Deutschen!) Er gedenke beiden Parteien keine guten Dienste anzubieten zur Beilegung des Konflikts. Es muß geprüft werden, ob nicht auf Grund der Gewerbeordnung noch Lohn zu beanspruchen ist. Sein ablehnender Standpunkt gegenüber dem Beschluß der letzten Sitzung über die Erhöhung der Gewerkschaftenunterstützung sei keine Provokation der Arbeiterschaft.

Genosse Grünhagen: Die Angelegenheit ist von außerordentlicher Tragweite. Die Firma hat sich stets über das Allgemeinwohl hinweggesetzt. Auch der Magistrat hat das bei der Ueberlandzentrale erfahren müssen.

Dr. med. Thun (Zentr.) bemerkt, daß er die Schichauarbeiter seit 30 Jahren behandelt und sie deshalb besser kenne, wie mancher sogenannter Arbeitervertreter. (Er schaut dabei nach den Unabgängigen, die lebhaft gegen diese Behauptung protestieren.) Redner teilte unter allgemeiner Bewegung mit, daß schon vor dem Kriege Arbeiter der Firma Schichau, die fest in Arbeit standen, der Armenpflege zur Last fielen, wenn sie mehr als fünf Kinder hatten.

Der Pole Jedwabski wünscht, daß die Entlassenen vor Not geschützt werden.

Als Man noch einmal das Wort ergreift und in bezug auf Carlson von einem Redner spricht, machen Vorsteher Keruth und Oberbürgermeister Sahm darauf aufmerksam, daß es nicht zulässig ist, sich über Abwesende so zu äußern.

Dr. Herrmann (Dem.) unterhält sich zunächst mit dem Genossen Grünhagen und Rätke von über die Frage, ob der gesamte deutsche Kapitalismus oder einzelne seiner Vertreter zu beurteilen sind. Von der Vermittlung des Oberbürgermeisters verpflichtet Redner sich wenig nach den Erfahrungen, die Oberbürgermeister Schöly vor sieben Jahren mit der Schichauwerke gemacht habe. Schöly sei drückt abgewiesen worden.

Genosse Krchanski weist darauf hin, daß es sich weder um einen Streik noch um eine Absperrung handelt, sondern um die Schließung des Betriebes. Eine Vermittlung nehmen wir an. Die Sicherheitswehr hat in diesem wirtschaftlichen Kampf nichts zu suchen.

Fuhrbrügge (F. M. V.) betritt den Standpunkt, daß nur die unschuldig Entlassenen Gewerkschaftenunterstützung erhalten sollen.

Schmidt (H. S.) stellt fest, daß es ein Fehler und Mangel der F. M. V. ist, der gegen die Arbeiter auftritt.

Brungen I stellt sich auf den Standpunkt des Magistrats. Dr. Reumann (F. M. V.) ist der Ansicht, daß die Reden der Arbeitervertreter nur Propagandarede sind. Man müsse beide Teile hören, wenn man ein klares Bild erhalten will.

Rahn richtet an den Oberbürgermeister den Wunsch, für Arbeitslosigkeit zu sorgen. Er erinnert ferner daran, daß nach einer Kriegsverordnung besteht, nach der die Öffnung des Betriebes erzwungen werden kann.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird gegen die Stimmen der Sozialisten, Polen und eines Teils der Demokraten angenommen.

Genosse Krchanski begründet sodann einen Antrag auf

Schaffung einer städtischen Krankenheilstätte.

Er weist darauf hin, daß durch die Kriegsverhältnisse die Tuberkulose stark zunimmt. Auch unter den Kriegsteilnehmern treibe sie in erschreckendem Maße auf. Weil man nicht sicher sei, ob die Heilstätten in der deutschen Republik auch in Zukunft dem freistaat Danzig zur Verfügung gestellt werden, sei der Bau einer eigenen Heilstätte notwendig. Eventuell könne man das Waldhause in Olska oder Plesken umbauen. Weiter brachte Redner Klagen über die Heilstätte Hohenslein und das Kinderheim Kratau; ferner über das unverständliche Verfahren, Zulasse für berufliche Kranke zu erhalten.

Dr. Dittke (Dm.) und Dr. Thun (Zentr.) sind der Ansicht, daß der Bau einer eigenen Heilstätte ungeheures Aufwendungen erfordere. Die Anstalten im Reich nehmen Danziger Kranke bereitwillig auf. Die Angelegenheit sei Sache des Freistaates. Den Standpunkt vertritt auch Rätke von, spricht aber die Erwartung aus, daß auch jetzt schon alles getan wird, um den Kranken Herr zu werden. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialisten und des Stadtverordneten Thun abgelehnt.

Der Antrag der Unabhängigen betreffend die

Städtische Sicherheitswehr.

berantworte Man zu einer längeren Rede. Die Sicherheitswehr sei überflüssig und kostspielig. Sie würde in wirtschaftlichen Kämpfen gegen die Arbeiter in Tätigkeit treten. Es hätten dafür keine städtischen Mittel aufgewandt werden. Angeleitete und Arbeiter der Stadt sei die Teilnahme an den Übungen während ihrer Dienstzeit zu verbieten. Redner schloß dann den Saal auf das Polizeipräsidium, den militärischen Besuch unserer Volkstimme und das Ergebnis Rahn. (Sehr! Zwischenruf: Was war denn da los?)

Stadtverordneter Dumont erwidert, wenn jemand Unrecht geschahen ist, so mögen sich die Betroffenen an den Staatsanwalt wenden.

Genosse Grünhagen beantragt die Entsendung einer Delegation über die abfallende Arbeitslosigkeit. Er schlägt vor, die Truppenabteilung von Danzig, Gollnowen, erklärt; wir können den Standpunkt Rahn nicht teilen. Unser Grundgedanke ist, die Entlassenen unterzubringen zu helfen. Die Vorgänge auf dem Angermarkt und in der Schöngasse sind keine Waage gewesen, sondern aus menschlichen Gesichtspunkten. Das Ausfuhrverbot für Getreide, über das Rahn sich beschwert hat, ist im Interesse der Arbeiter.

Der Schandfleck.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Angenruber.

27) (Fortsetzung.)

„So gar große Sile wird es doch nicht haben. Daß nur auch dem Jungen ein wenig Zeit, sich zu besinnen, wer weiß, bleibt er auf dem Gedanken? In den Jahren findet man leicht Gefallen an einer, aber es hält oft nicht lange an.“

„Staub schon, daß er nicht aus der Art schlagen möchte, die ihr Mannskunde an euch habt, wär nur da herum etwas Besseres zu finden, aber wenn einer die Taube in der Hand hat, wird er auf kein Dach mehr nach Spaten sehen! Auch im übrigen, meine ich, tät sich alles ganz wohl schiden, und du selber könntest schwerlich etwas Passenderes ausfinden.“

„Das geh ich zu. Gleichwohl wär besser, es dem Jungen auszuraden. Geh nicht!“

„Warum?“

„Geh nicht, es ist umsonst.“

„Was hast du für Grund, das zu glauben?“

„Es ist zwischen mir und den Reindorferschen nicht alles, wie es sein soll.“

„Und darunter sollten die Kinder leiden? Verlaß dich darauf, warum ich mit ihnen zu reden, ich setze ihnen schon den Kopf zurecht.“

Der Müller senkte wieder den Kopf tiefer als sonst, und mit einem leisen Seufzer sagte er: „Du wie du willst.“ Dann aber rasch sich von seinem Sitz erhebend, legte er gleichmäßig hinzu: „Versuch es!“ Er dachte bei sich: Was ist da weiter? Was hab ich mich da zu sorgen? Mühen es die andern zum Austrag bringen! Sie werden kein sagen und sie müssen kein sagen, und nicht laus nicht zur Sprache kommen!

Die Müllerin war aus der Stube bis an die Küchentüre geeilt, sie sah ihren Sohn, der rauchend an dem Jaune lebte und rief ihm zu: „Flori, es ist schon richtig, ich fahre dir gleich hinterher.“

„Da spannt ich auch gleich selber ein. Müller.“ sagte freudig der Burche und lief nach dem Stalle. Die Müllerin ging eilfertig wieder nach der Stube zurück, um sich in ihren Sonnengestalt zu kleiden.

Auch der Müller war aus der Stube getreten und sah zu, wie Florian und ein Knacht den Wagen aus dem Schuppen zogen und die Pferde davor anschnitten.

Der Mann blühte gar ernst.

einen Gott die Unwissenheit an sich allein wäre, und er setzte ihr wohlbedacht die Antwort voran, und mit weiß die Gottheit in allem nur ihren Willen. Für den Sterblichen aber, im Gefühl seiner Ohnmacht, ist schon die Gabe der Weisung kein freundliches Geschenk, und alle Seher waren düster und bliesen freudlos.

Es gibt nur eine Art der Weisung, und diese erfüllt die Menschen mit Scheu vor den Sehern und mit Vorliebe für die Gaukler, denn es ist nicht die Kunst, aus dem Fluge der Vögel, den Eingeweiden der Opferiere, den Kartenblättern oder dem Kaffeesage — es ist die Kunst, aus der eigenen und den fremden Sünden das Kommende vorherzusagen, welche sich bis heutigen Tag an Staaten, Völkern und Früchten erprobt, und deren furchtbares Folgerichtigkeit in Stunden stiller Einkehr bei sich selbst auch den Einzelnen durchschauert.

Ein unangenehmes Gefühl befiel den Müller, als er an seinen sich ahnungslos umsonst mühen sah, während ihm klar lag, daß alle diese mit freudiger Hast betriebenen Vorbereitungen, alle daran geknüpften Hoffnungen und Erwartungen vergebens seien.

Er senkte den Kopf, abgleich niemand da war, der mit ihm sprach, vielleicht hörte er auf zu denken.

Da legte sich eine Hand auf seine Schulter, er wachte auf, die Müllerin stand mit hellfreudigen Augen vor ihm und sagte: „Behüt dich Gott, Vater, ich geh jetzt, und ich werd schon die rechte Antwort mit heimbringen, da sorg ich nicht!“

„Behüt dich Gott.“ Florian mochte ihr beim Einsteigen in den Wagen behilflich sein, aber in eiliger Hastigkeit verstellte er nur alle ihre Bemühungen, auf den Sitz zu gelangen.

„Du Ungeheißer!“ rief sie freudlich lachend und stieß ihn weg. „Wie du mit unter einem ungeschick! Run wirt es schon lernen.“

Der Knacht trieb die Pferde an, und der Wagen rüllte davon. Lange sah Florian demselben nach, dann schloß er, als er sich gatter und lehnte sich auf dasselbe.

Der Müller trat herzu. „Wist doch ein Hallodri.“ sagte er, „siehst aus, als könntest du nicht bis fünf zählen und weigst dich doch aus bis hundert.“ Eine Wette hätte ich gehalten, daß dir noch kein Wäbel im Sinne läge, und schon hätte ich dabei verspielt. Nun, ich hab dir keinen Willen getan und die Müllerin zu den Reindorferschen hinführen lassen.“

„Ich sag dir laufend Paul dafür, Vater.“

„Hast mir nicht zu danken, ich könnte nicht sagen, du hättest sehlgelassen, und so weit wäre alles in Ordnung. Aber ich muß dir aufrichtig sagen, ich glaube nicht, daß sie dir die Dien geben werden, wir waren nie recht freudig zusammen, ich und der Reindorfer, darfst schon gefahr sein auf einen abschlägigen Bescheid.“

„Ich möchte wohl nicht, wie ich den aufnehmen möcht. Bei beknäppigem, ehrlichem Vornehmen ist doch keiner auf ledigen Widerstand besagt.“

„Ah, sei gescheit und mache dir nicht etwas. Der weis, was er gut ist. Bindet sich einer so früh wie du, gar leicht reuen ihn später seine jungen Jahre. Du wirt die Jahre werden eine andere ausfinden, es gibt ja noch genug Mädchen auf der Welt, lerne sie erst aus und dann wähl eine, wer sich darauf verheiratet, trifft es besser, und es ist doch eine Wahl, die einem nicht weh tut. Meinst nicht?“

„Ich meine nicht. Wenn du es so gehalten hast, Vater, so ist's ja doch auch nur verlorene Zeit gewesen. Es wirt kein so großer Unterschied sein zwischen den Reindorferschen, und was den anderen verlangt wird nicht.“

Der Burche hatte bisher bei Rede und Antwort nur sich selbst angesehen, jetzt wachte er auf und bemerkte, daß sein Vater sich schweigend von ihm entfernt hatte, er folgte ihm mit dem Blick, um seine Schritte zu verfolgen. „Vater, du hast schon bemerkt, als wäre aufgemacht, daß ich die Welt nicht haben soll. Ist das was so beim Darschalten oder weigst du etwas?“

„Was kann ich wissen? Run wirt er gar zu später sein, als könnten sie die Verheiratung mit mir gar nicht abwarten, so hab ich vordenen wollen, daß es dich nicht wie von dem Saal wenn es dich geschieht.“

„Was willst du auch, daß man dich früher verheiratet. Ich wirt mit ja doch nicht so zu tun, wie ich nicht kann. Ich wirt wenn mir all mein Glück in der Hand ist, so kann ich dich lassen, die Zeit, die die Mutter heimkommen bringt, sie mit solche Hoflichkeit mit, dann gibt sich wohl von selber, wie ich mich dabei verhalten werde.“

Der Müller lehte sich auf das Bett, er sah nach dem Knacht fort.

Er ging zwischen den Betten dahin. Es war schon gewarnt, der Knacht trieb die Pferde an, er stäubte leise an den Tritten. Sein Blatt rührte sich höchstens eines Hinter dem sich ein Knacht oder ein Knacht bewegte. Die Stimmen hielten der Dacht an sich. Ringsum tat es so stille und beschwingen, dem Müller aber war, als merkte er, daß geschähe nicht aus Unschuld, die nichts zu sagen wolle, sondern aus listerner Erfahrung, die gerne für sich behält, was ihr Bewußt, und es schien ihm, als läge ein unläuteres Geheimnis in allem und hinter dieser Welt.

„Er wird es verheiratet.“ sagte er. „Der Knacht wird doch etwas von meiner Art an sich haben.“ Er wird doch nicht seinen Mutter nachgeraten, die, wenn sie einmal zu einem Heil, sich mit ihnen hat treten lassen! Ich habe nicht schon gehandelt an ihr, und doch, wenn ich freud und freudlos war, ist sie immer wieder gekommen, die getreue Seel. Aber dem Jungen mag ich ihr Herz nicht wünsch, es wär gar nicht abzugeben, was daraus werden soll!“

„Ich fröhliche — es wär aber noch immer so schön wie zuvor.“ (Fortsetzung folgt.)

Die Invalidenkarte.

Kraft zu begründen. Weiter hat sich Raab gegen eine Lokale ausgesprochen. Wir hoffen, daß bei Errichtung des Fortschritts eine Amnestie erlassen wird für alle, die aus Not des Befehls abgetreten haben. Wir erkennen an, daß eine Sicherheitswehr im beschränkten Maße notwendig ist. Es ist aber zu befürchten, daß sie in wirtschaftlichen Kämpfen gegen die Arbeiter Stellung nimmt. So sind im Kaiserhafen auf einen stehenden Arbeiter 8 Schiffe abgehoben. Deshalb stimmen wir für den Antrag der U. S. P., der die Mittel für die Sicherheitswehr verweigert.

Oberbürgermeister Sahm glaubt, unter Berufung auf einen vor einiger Zeit in der „Volkswacht“ veröffentlichten Aufruf, der zum Eintritt in die Einwohnerwehr aufforderte, unserer Fraktion für die Ablehnung des Antrages Konsequenz vorwerfen zu müssen.

Als Sprecher der Polen steht Stadtd. Brzejski auf, der seine Fraktion als entscheidenden Gegner der Einwohnerwehr erklärt, da die Wehr eine militärische Einrichtung sei, die wie die „Danziger Allgemeine Zeitung“ sehr offen ausgeführt hat, sich gegen die Polen richtete. Ausführungen verschiedener Redner in der Sporthalle folgen dann auch.

Als der Redner das reaktionäre Blättchen in der Sporthalle erwähnt, leitet sich dessen Verleger, Herr Brunzen I. den überaus geschmackvollen Zwischenruf: „Sie können ja nicht sprechen deutsch!“ Sicherlich ein Zeichen hoher Bildung. Stadtd. Brzejski gibt ihm darauf sofort die passende Antwort, daß er bereit sei, seine Ausführungen in polnischer Sprache zu machen, wozu er übrigens laut Friedensvertrag auch die Berechtigung habe. Als er auf den Führer der Wehr zu sprechen kommt, charakterisiert er den Major Wagner treffend als einen Ergereaktionär, zu dem die Polen kein Vertrauen haben können, da er als Offizier des Generalstabes, der das Kommando über den Grenzschutz innehatte, verantwortlich sei für die Schandtaten dieser Truppen, die Kirchenplünderungen, Mädchenraubungen usw. (Zwischenruf Brunzen I.: „Und die Schandtat des deutschen Deuttmaler?“) Daß Westpreußen unter der ziellosen Grenzschutzpolizei nicht zu einem Krümmerschaufen geworden sei, ist nur das Verdienst der Arbeiterklasse, die besonnen ist als die rechtsstehenden Geher sind. Zu der Denkmalschleifung in Dirschau erklärt Herr Brzejski, daß auch seine Fraktionskollegen die Ausschreitungen der polnischen Truppen verurteilen. Dennoch aber ist kein Grund, gar zu großes Gewicht darauf zu erheben. In Karthaus haben feinerzeit deutsche Grenzschutztruppen ein polnisches Nationaldenkmal umgestürzt, ohne daß die Deutschen sich darüber entrüsteten.

Stadtvorordneter Fuchs I. (F. W. V.) mündet sich scharf gegen die Ausführungen von Raab und Raab über das Militär und nennt die Worte des Genossen Grünhagen dagegen herzerfrischend. Nachdem er dann gegen die Obstruktionsreden der Unabhängigen gesprochen hat, kommt er auf den Sturm auf das „Polizeipräsidium“ und lobt dem Hauptmann Braune als einem „kampfbewährten“ Offizier, dessen Nerven am Ende seien. — Hauptsächlich findet Herr Fuchs auch den Mut, gelegentlich eine solche Range für einen gemäßigten Soldaten ohne Achselkugeln oder Krassen zu brechen.

Unter oppositioneller Unaufmerksamkeit der Bürgerlichen macht dann Stadtd. Szarnicki (U. S. P.) Ausführungen gegen die Einwohnerwehr. Da er weiß, daß die Stimmen der Linken des Hauses nicht ausreichen, um den Antrag abzulehnen, so wird er zweifellos Annahme finden. Dann wagen aber auch diejenigen den „ganzen Dreck“ bezahnen, die jetzt bewilligen.

Genosse Juchaczewski berichtet über die Vorgänge im Sporthallen. Man kann nicht verlangen, daß die Arbeiterklasse Freuden haben soll an der Einrichtung der Sicherheitswehr, wenn man sieht, daß oft 5 oder 6 Sicherheitsleute hinter einem Dieb 6 bis 10 Schiffe her jenen und die Einwohnerwehr der Umgegend gefährden. Daß die Posten mit entsetzten Gewehr stehen, ist ein Skandal. Der Antrag ist abgelehnt.

Nachdem Stadtd. Dumont von dem Stadtparlament die Resolution auf die Ausführungen der Genossen Grünhagen und Juchaczewski beantwortet — eine zu starke Bewaffnung lehnt er gleichfalls ab — und die Angaben des Stadtvorordneten Brzejski als unzutreffend bezeichnet hat, findet ein Schlußantrag der Debatte über die Einwohnerwehr Annahme.

Eine persönliche Bemerkung des Stadtvorordneten Raab, die sich gegen den Genossen Grünhagen richten sollte, wozu ihm der Angegriffene aber sofort treffend antwortet, schließt sich noch an.

Die Abstimmung ergibt, daß 33 bürgerliche Stimmen für Annahme des Antrages Fuchs I. und des Magistratsantrages stimmen, während dagegen sind die beiden sozialistischen Parteien und die Polen, zusammen 24 Stimmen.

Die Aussprache über den nächsten Punkt der Tagesordnung — die Erhöhung der Feuerungszulagen für die städtischen Beamten, Lehrer und Angestellten — wird zu einem ruhigen um die Gasse her zu Bedenken. Eine Reihe von Änderungsanträgen zu dem Antrag der Deutschen Sozialisten, den Stadtd. Dr. Herrmann begründet, wird z. T. wieder zurückgenommen. Ein Antrag anderer Art geht dahin, die Erhöhung auch auf die Arbeiter auszudehnen. Von den Deutschnationalen spricht Herr Hillpken, den der F. W. V. Herr Hildebrandt. Oberbürgermeister Sahm empfiehlt die Durchberatung der Vorlage in einer Kommission. Genosse Krzyński verlangt die Schaffung eines besonderen Ausschusses neben dem Kammerausschuß, dem die Gehalts- und Lohnfragen der städtischen Angestellten, Beamten und Arbeiter zu unterbreiten sind. Die jetzige Entlohnungs- und Besoldungsart, die eine anachronistische zu nennen ist, muß beseitigt reformiert werden. Stadtd. Raab erklärt, daß seine Fraktion des Beterneuen um die Gasse der Beamten nicht wünschenswert. Auch sie aber erklären deren Abgabe an. Der Redner beantragt die Angelegenheit dem Kammerausschuß zur Erledigung zu überweisen. Ein Schlußantrag beendet auch hier die Debatte.

Nach einer kurzen Geschäftsbesprechung wird der Antrag Raab angenommen.

Punkt 2a und 3 der Tagesordnung — Eingaben der Vereinigung der Rinderzuchtmeister und Gortnermeister um Erleichterung ihrer Besoldung und des Vereines der Ruhestandsbeamten der Stadt Danzig um Beschäftigungsbeihilfe und Erhöhung der Feuerungszulagen — gehen den gleichen Weg.

Eine kurze Aussprache folgt auf den Punkt 4 der Tagesordnung, der die Bewilligung einer Beihilfe an die Kriegsgenossen betrifft. Die Bewilligung einer Beihilfe an die Kriegsgenossen in Höhe von 15 000 Mark fordert. Stadtd. Raab geht darüber hinaus und beantragt 50 000 Mark zu gewähren, die als finanzielle Unterstützung für Bedürftige auszahlbar sind. Genosse Behrendt fordert dem Magistratsantrag zu und fordert, daß der Gemeinderat auch ganz Arbeitlosen Beschäftigung werden. Der Deutschnationalen Janssen überrascht durch einen Antrag, 200 000 Mark zu bewilligen, von welcher Summe eine Beihilfe für die Kriegsgenossen zahlbar ist. Oberbürgermeister Sahm bittet den Antrag dem Magistrat zur Entscheidung zu überweisen. Stadtd. Raab will denselben von dem Antrag Raab ablehnen. Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Antrages Raab und die Annahme des Magistratsantrages.

Da ein Schlußantrag für die öffentliche Sitzung eingegangen ist, werden einige kleinere Punkte verhandelt und das Stadtparlament tritt kurz vor 10 Uhr in die geheime Sitzung ein.

Man legt ihr viel zu wenig Beachtung bei. Namentlich junge Personen, junge Frauen, die eben erst geheiratet, fragen nach dem Zweck des Weiterlebens von Marzen. Sie sind ja gesund. Sie meinen, es sei weggefallen. Wie oft haben wir zu reden müssen, sie müßten ihre bereits gezahlten Beiträge nicht verfallen lassen. Demnach alle Waisen haben bei uns ihr Geld gelagert. Es hat vor 30 und mehr Jahren mehrere Marzen voll Marzen gekostet, dann die Versicherung vergessen oder gedanklos beiseite gelagert und jetzt — jetzt merkt man die Invaliden- und Altersrente so gut gebrauchen.

Jeder Arbeiter, Gehilfe, Geselle, Lehrling, Diensthote, Dienstmannschaft nach vom vollendeten 16. Lebensjahre versichert werden. Es ist Voraussetzung, daß die Versicherten gegen Entgelt beschäftigt sind. Die Höhe dieses Spitals keine Rolle. Als Entgelt zählen auch Sachbezüge, also Wohnung und Kleidung. Personen, für die als Entgelt nur fester Unterhalt gewährt wird, sind nicht verpflichtet, aber berechtigt zur Versicherung. Das ist ein großer Unterschied. Auch Angehörige sind versicherungspflichtig, aber nur, wenn sie nicht mehr als 2000 M. jährlich verdienen. Diese sind berechtigt, sich zu versichern, wenn ihr Einkommen über 2000 M., aber nicht mehr als 3000 M. beträgt. Wir haben jetzt Versicherungspflichtige und Versicherungsberichtigte kennen gelernt. Nun gibt es noch die freiwillige Weiterversicherung, die wir oben schon jenen, der aus einem Arbeitsverhältnis ausscheidet, dringend empfohlen haben. Wir wollen den jungen Arbeiter, die Arbeiterin oder das Dienstmädchen mit der Invalidenkarte in der Hand begleiten.

Nach dem 16. Geburtstag hat dir dein Arbeitgeber eine Karte zu besorgen. Sie trägt die Nr. 1 und ist — sagen wir — am 28. Januar 1920 ausgefüllt. Das steht drauf. Du mußt dich beachten, denn spätestens nach zwei Jahren, am 28. Januar 1922, mußt du die Karte umtauschen. Bis dahin müssen mindestens 20 Marzen eingeklebt sein. Ist das nicht der Fall, so hast du auf Grund der gezahlten Beiträge keine Rechte oder Ansprüche zu stellen. Es ist verlorenes Geld.

Oben auf der Karte heißt es: Versicherungsanstalt Brandenburg (oder Hessen Bayern usw.). Die umgetauschte Karte wird nicht benutzt, sondern geht stets an die Versicherungsanstalt, von der deine erste Karte bezogen war. Bist du beim Ausschleichen deiner ersten Karte in Sachsen gewesen, so wird auf allen folgenden Karten stets Sachsen drauf stehen, ganz gleich, wo du dich in Deutschland aufhältst. Beim Umtausch der Karte, der in den Städten meistens in den Krankenkassen und in den Dörfern beim Gemeindevorsteher erfolgt, bekommst du eine „Aufrechnungsbescheinigung“, die dir die Zahl und den Wert der geklebten Marzen ausweist. Gehe sie gut auf. Du sparst dir Umstände und Verger. Sind dir demnach Bescheinigungen verloren gegangen, so schreibe an die Versicherungsanstalt, die oben auf deine Invalidenkarte bemerkt ist.

Je nach deinem Verdienst werden verschiedene Marzen geklebt. Bei einem Jahresverdienst bis 850 M. Klasse 1 — 18 Pf., von mehr als 850 bis 550 M. Klasse 2 — 26 Pf., von mehr als 550 bis 850 M. Klasse 3 — 34 Pf., von mehr als 850 bis 1150 M. Klasse 4 — 42 Pf., von mehr als 1150 M. Klasse 5 — 50 Pf.

Jede angelegene Arbeitstage muß eine Karte geklebt werden. Die Hälfte zahlt der Arbeitgeber, die andere Hälfte zahlt du. Bist du erkrankt, so laß dir von der Krankenkasse eine Bescheinigung über die Dauer der Krankheit geben. Beim Umtausch der Invalidenkarte wird die Dauer einer Krankheit, die dich arbeitsunfähig machte, auf der Aufrechnungsbescheinigung vermerkt. Krankheitswochen zählen später, wenn du einmal Rente beziehen willst, mit. Ebenso die Militärdienstzeit. Als Beitragswochen der zweiten Klasse zählen außer den eben genannten noch die Zeit,

in der du eine Militär- oder eine Unfallrente von mindestens 20 vom Hundert bezieht und keine Beschäftigung hast. Diese Zeiten laß dir ja stets bescheinigen und auf der Aufrechnungsbescheinigung eintragen.

Hast du geklebt, so kannst du Invalidenrente, Krankrente, Altersrente, Witwen- und Waisenrente, aber auch Witwen- und Waisenkind beziehen.

Fangen wir mit der Invaliden- und Krankrente an. Sind wenigstens 100 Marzen geklebt auf Grund der Versicherungspflicht, hast du also mindestens 100 Wochen gegen Entgelt gearbeitet, so müssen 200 Beiträge entrichtet sein, ehe du Ansprüche stellen kannst. Das heißt: Falls du Invalidenrente beanspruchen willst, so mußt du 100 Wochen in einem Arbeitsverhältnis gestanden haben, sonst bekommst du überhaupt nichts. Du mußt außerdem noch weitere 100 Marzen freiwillig geklebt haben, dann steht dir die Rente zu. Je mehr Marzen verwendet wurden und je höher die Beiträge waren, desto höher ist die Rente. Sind mindestens 100 Marzen auf Grund der Versicherungsberechtigung (oder Versicherungs-pflicht und -berechtigung zusammen) verwendet worden, so mußt du 500 Wochenbeiträge aufweisen, ehe du Rechte geltend machen kannst. Nicht die Zahl der Karten ist entscheidend, sondern nur Zahl und Wert der geklebten Marzen.

Man nennt die 200 Wochen nach der Pflichtversicherung und die 500 Wochen nach der Selbstversicherung die Wartezeit. Willst du Rente, so genügt aber nicht allein die zurückgelegte Wartezeit. Du mußt beim Eintritt des Unterhaltumfalles deine Anwartschaft aufrechterhalten haben. Es dürfen seit dem Umtausch deiner letzten Invalidenkarte nicht mehr als zwei Jahre vergangen sein. Du mußt in diesen zwei Jahren auch mindestens 20 Marzen geklebt haben. Ein Versicherungsberichtigter muß innerhalb zwei Jahren mindestens 40 Marzen verwenden. Es sei denn, daß er auf Grund der Versicherungspflicht mindestens 60 Wochen versichert war, dann genügen auch 20 Beiträge in zwei Jahren.

Wird einmal der letzte Tag des Umtausches verpaßt, so ist die Versicherung nicht ohne weiteres erloschen. Die Umtauschstelle wird dir die folgende Karte schon ausstellen. Jedoch mußt du im Streitfall beweisen, daß du die Anwartschaft erhalten hast. Du kannst also Anwartschaften haben. Arbeitest du in einer Fabrik, so wird selten der Umtausch verpaßt werden, weil besondere Angestellte in den Bureaus die Versicherungssachen bearbeiten. Dagegen wird es bei kleineren Firmen und Dienstverhältnissen sehr oft notwendig sein, an die Rechte des Arbeiters zu erinnern. Das Gesetz schreibt vor, daß sich der Arbeiter selbst um seine Rechte kümmern soll. Verbummelt ein Landwirt, eine „Gnädige“ die Invalidenkarte oder deren Umtausch vielleicht lange Jahre hinter-einander, so trägt nur du den Schaden. Für eine zurückliegende Zeit kann allgemein nur bis zu zwei Jahren nachgezahlt werden. Triffst nachweislich nicht dich, sondern den Arbeitgeber die Schuld, so kann auch vier Jahre nachgezahlt werden. Darüber hinaus dürfen Marzen nicht geklebt werden. Eine alte Frau kam zu uns. Sie hatte im Jahre 1891 etwa 7 bis 10 Marzen geklebt. Dem Bauern, bei dem sie beschäftigt war, machte wohl die Sache zu dumm sein. Er konnte den Zweck nicht erfassen. Oder es war zu teuer. Kurz, keiner kümmerte sich um die Versicherung. Bis es mit der Arbeit nicht mehr ging. Jetzt ein dunkles Glimmern. Ein Suchen nach der Karte. Aber verlorene Mühe. Das Versicherungsamt lehnt die nachträgliche Beitragsleistung für vier Jahre ab, weil die alte Frau an der Unterlassung der Beitragszahlung, des Rentenlebens, mitschuldig sei. Sie hätte innerhalb 28 Jahren die Gelegenheit gehabt, sich darum zu kümmern! (Arbeitersekretär Gieseler in der „Brandenburger Zeitung“.)

Lokales.

Arbeiter, Parteigenossen!

Ueber ein Jahr nach Abschluß des Waffenstillstandes müssen wir warten, bis der Friede in Kraft trat. Ein langes Jahr, in dem wir uns verzehnten in Sehnsucht nach unsern in Kriegsgefangenschaft festgehaltenen Brüdern. Nun haben wir den Frieden und unsere Kriegsgefangenen kommen endlich zurück in ihre Heimat, die sie lange Jahre meiden mußten. Mit dem Eintritt des Friedens gilt es alles daran zu setzen, daß der Wiederanbau unseres Landes ein rasches Tempo einnehme, daß die wirtschaftlichen Nöte, die uns bei aller politischen Freiheit schwer drücken, uns immer weniger fühlbar werden.

So besteht die schwache Hoffnung, daß wir langsam wieder des Lebens froh werden können und daß es uns gelingen wird, bei der Mithat aller, Not und Sorge weiter von uns abzurufen.

Was sich aber am 13. Januar in Berlin zugetragen hat, muß alle Arbeiter, die sich ungeachtet ihrer verschiedenen politischen Anschauung ein gesundes Urteil bewahrt haben, mit Entsetzen und Schauern erfüllen. Entsetzen und Schauern darüber, daß politische Arbeiterparteien, die vorgeben, den Sozialismus in der unerschöpflichsten Weise zu vertreten, durch ihr Vorgehen das grimmige Drama heraufbeschworen haben, bei dem Proletariat ihr Leben einbüßten, bei dem laßbares Arbeiterblut floß.

Das ist nicht der Klassenkampf, der uns in Jahrzehnten geführt hat, ist nicht der Freiheitskampf, dem wir unser Leben zu weihen gelobten, ist nicht der Sozialismus, den unsere großen Führer Lassalle, Marx, Wilhelm Liebknecht und August Bebel uns lehrten.

Das ist Kampf gegen die eigene Klasse, ist Stärkung der Reaktion, ist unerschütterlicher, roher Fanatismus. Darum wer noch mit seinem Denken und Fühlen zur reinen Sache des Sozialismus hält,

wenn noch die Erinnerung wach ist an das jahrzehntelange, unter argsten Bedrückungen und Verfolgungen gehobene Gäh und doch freundliche Kämpfen, das uns nie verzagen ließ,

wenn noch das Proletariat ihren und warmen unter dem Arbeitsmittel schlägt,

der schließe sich an die alte Sozialdemokratische Partei, der sei ein tauchstücker Müßiggänger für unsere heilige Sache, die uns nie erlahmen ließ und unter immer wachsender Begeisterung im alten Deutschland von Sieg zu Sieg geführt hat.

Das sei uns auch heute noch ein leuchtendes Vorbild und lasse alle, die abwärts gehen oder lässig geworden sind, zurückfinden in das alte Streben, das wir in glühender Begeisterung immer und immer wieder ausklingen ließen in der Arbeiter-Parteilinie:

Der Bahn, der Kühnen, folgen wir,
Die uns geführt Lassalle!

Verein der Kommunalbeamten. Am Sonntag, den 1. Februar, waren im Werkzeithaus die Beamten und Angestellten der Stadtverwaltung versammelt, um zu der Frage über Erhöhung der Feuerungszulagen Stellung zu nehmen.

Außer dem Stadtvorordneten Genossen Krzyński waren auch Stadtvorordnete von der deutschnationalen, der demokratischen, unabhängigen sozialistischen Fraktion sowie der F. W. V. anwesend, die sämtlich zur Sache das Wort ergriffen.

Nach einem Referat des Stadtdirektors Groß wurde nach längerer Aussprache folgende Entscheidung einstimmig angenommen:

Die am 1. Februar 1920 im Werkzeithaus versammelten Beamten und Angestellten der städtischen Verwaltung erwarten, daß der Magistrat baldigt dem Vorgehen des Deutschen Reiches und des Preussischen Staates folgt und bei der Stadtvorordnetenversammlung die Erhöhung der Feuerungszulagen um 150 Prozent beantragt.

Durch Verhandlungen wird festzustellen sein, ob die Erhöhung im Rahmen dieser 150 Prozent auch auf die Rinderzulagen ausgedehnt werden kann.

Verein Arbeiter-Jugend. Am Mittwoch, den 4. d. Mts., fällt der angelegte Vortrag aus. Das Jugendheim ist an diesem Abend geschlossen. Die nächste Versammlung findet am Sonntag, den 8. d. Mts., statt. Näheres wird noch bekannt gemacht.

Veranstaltungen.

Künstlerfest in der Sporthalle. Wie bereits berichtet, findet am kommenden Sonnabend, den 7. Februar, in der Sporthalle das seit längerer Zeit angekündigte Künstlerfest und der Bühnenball statt, von sachkundiger Hand aufs beste vorbereitet. Das Proletariat hat seine Durchlaucht Fürst Wilhelm Serenissimus XXVI. übernommen, der mit seinem gesamten Gefolge nebst Dienerschaft am Fest persönlich teilnehmen wird. — Das Ballorchester stellt Musikdirektor Stieberitz, der es auch persönlich leitet. Das Kabarett-Orchester besteht aus Mitgliedern der Wilhelmshafenkapelle unter Leitung von Kapellmeister Kurt Ritter. Ferner ist für musikalische Abwechslung ein Salonorchester und Scharwenkemann. — Der Vorverkauf (bei K. O. B. in Rangenmarkt 23) hat bereits stark eingelebt; es ist daher sehr empfehlenswert, ihn so fort zu benutzen. — Der Reintrag der Veranstaltung ist zugunsten des Chor- und Ballettpersonals des Wilhelmshafen-Theaters bestimmt.

Filmchau.

Reichsbildtheater Rangenmarkt. In der Reihe der zum größten Teil nichtsagenden Dramen, Schauspiele und Detektivschlager, die die weiße Leinwand beleben, bedeutet das Filmpiel „Die Braut des Entmündigten“ eine angenehme Abwechslung. Die gut fließende Handlung, der zwar keine besondere Idee zugrunde liegt, durchzieht ein unaufhörlicher, soniger Humor. — Die schöne Eva May beherrscht als Wächterin der beiden entmündigten Reichstümmlingen durch ihre hübsche Darstellung das Spiel, das durch gute Kräfte unterstützt wird.

Der zweite Film „Kaffeefeste Seidenschwestern“ hat Maria Vidal als Hauptdarstellerin.

Dankagung.
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme, sowie für die vielen Kranz- und Blumenspenden bei dem Helmgange meines lieben Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Herren Kollegen, meinen herzlichsten Dank.
Danzig, den 4. Februar 1920
Emma Thiel.
(347)

Ämtliche Bekanntmachungen.

Streichhölzer.
Von Freitag, den 8. Februar bis Mittwoch, den 11. Februar berechnen die Marken 25 und 14 A der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder und die Marken 7 und 18 A der Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden zum Bezüge von je 3 Schachteln Streichhölzer zum Preise von 35 Pfg. für die Schachtel. Die Streichhölzer sind in den Kolonialwarenhandlungen erhältlich, bei denen die Kundenanmeldung erfolgt ist.
Die Kolonialwarenhändler haben die Streichhölzer rechtzeitig von der Einkaufsgenossenschaft, Milchkanalengasse 11, abholen zu lassen, der auch die eingekommenen Marken unverzüglich einzureichen sind.
Danzig, den 4. Februar 1920. (346)
Der Magistrat.

Die Maierarbeiten zum Ausbau der Balkenkaninchen zu Wohnungen sollen in öffentlicher Verdingung vergeben werden.
Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis **Mittwoch, den 11. Februar, vorm. 10 Uhr** in der Hochbaugeschäftsstelle im Rathaus in der Langgasse, Zimmer 28, einzureichen.
Die Bedingungen liegen daselbst im Zimmer 32 zur Einsicht aus und können auch gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden.
Danzig, den 3. Februar 1920. (342)
Der Magistrat.

Oliva.
Verteilung von Süßstoff.
Auf Marke P der Lebensmittelkarten kommt von Donnerstag, den 5. d. Mts., ab bei sämtlichen Kaufleuten Süßstoff zum Verkauf. Jeder erhält ein Päckchen Süßstoff zum Preise von 50 Pf. Wer den ihm zustehenden Süßstoff bis Sonnabend, den 7. d. Mts., abends 6 Uhr nicht abgeholt hat, verliert das Anrecht darauf.
Oliva, den 3. Februar 1920.
Der Gemeindevorsteher.
J. B. Scheffler.

Ausgabe von Brennstoffen.
Zur Belieferung werden aufgerufen:
Die Nummern 651-1000, Marke 7 der Brennstoffkarte A (blau). Auf jede Karte wird ein Zentner Steinkohlenbriketts verabfolgt. Der Preis beträgt 12,50 Mk. pro Zentner ab Lager. Die Steinkohlenbriketts sind zu haben auf dem Hofe der Gasanstalt.
Wer die Brennstoffe bis Montag, d. 9. d. Mts. nicht abholt, verliert das Anrecht darauf.
Oliva, den 4. Februar 1920.
Der Gemeindevorsteher. (Ortskohlenstelle)

Ich habe Telefonanschluss 3342 erhalten.
Rechtsanwalt
DR. HERRMANN
DANZIG
Karmeliterg. 5, gegenüber d. Hauptbhf. (348)

Filz- Hüte
Velour- Hüte
für Damen und Herren
werden **schon** in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ansführung **umgepresst, gewaschen und gefärbt.**
Stroh- und Filzstofffabrik
Hut-Basar zum Strauß
Ausnahmestelle für nur **Lewandogasse Nr. 6-7** (gegenüber der Markthalle). (3317)

Zuschneide-Kursus.
Am 5. Januar begann in der Gewerbehalle — Schusseldamm Nr. 62 — mein Winter-Zuschneidekursus für Damen- und Herrengarderoben, verbunden mit Meisterprüfungskursen.
Fritz Siegel
Schneidermeister u. Zuschneidelehrer der staatl. Meisterprüfungskurse.
Anmeldungen Deibückallee 3, parterre. (3295)

Stadttheater Danzig.

Dirktion: Rudolf Schaper.
Mittwoch, den 4. Februar 1920, abends 8 Uhr
Dauerkarten E 2.
Gastspiel Fritz Seiberg vom Stadttheater Kiel auf Engagement.
Tristan und Isolde
Handlung in 3 Aufzügen von Richard Wagner.
Donnerstag, den 5. Februar 1920, abends 8 Uhr
Dauerkarten A 1, Zum 1. Male.
Bildhauer
Eine Tragödie braver Leute von Karl Schönherr.
Hierauf: Zum 1. Male.
Kindertragödie
in 3 Akten von Karl Schönherr.
Freitag, den 6. Februar 1920, abends 8 Uhr
Dauerkarten B 1.
Madame Butterfly
Tragödie einer Japanerin von Mika u. Ciakesa.
Musik von Giacomo Puccini.
Sonnabend, den 7. Februar 1920, abends 8 Uhr
Dauerkarten C 1.
Die luftigen Weiber von Windsor
Komisch-phantastische Oper in 3 Akten von Nicolai.

Wilhelm-Theater
Besitzer Kommissionsrat Hugo Meyer.
Bahnleitung Willy Köhmann.
Mittwoch, den 4. Februar, abends 6 1/2 Uhr:
Der Tanzanwait
Vaudeville in 3 Akten von Pordes Milo und E. Urban. Musik von Walter Schütt.
Donnerstag, den 5. Februar, abends 6 1/2 Uhr:
Schwarzwaldmädel
Operette in 3 Akten von Leon Jessel.
In Vorbereitung: **Kleine Meheit.**
Vorverkauf täglich von 10-3 Uhr bei Bruno Kodlin, Langemarkt 23.
Vorverkauf benutzen!

Raubmord!

3000 Mark Belohnung.
Am 26. Januar 1920 wurde die 73 jährige Witwe Adele Pichowski geb. Droß verwitwete Petrick, in ihrer Wohnung in Danzig, Hundegasse 76, neben ihrem Bette am Bettposten hängend, tot aufgefunden. Wie die Leichendöffnung ergeben hat, ist der Tod jedoch dadurch eingetreten, daß durch einen heftigen Stoß gegen das Brustbein dieses eingedrückt wurde, mehrere Rippen zerbrachen und Herzschlag erfolgte. Die Schlinge ist offenbar nachträglich um den Nacken gelegt, um einen Selbstmord vorzutäuschen. Die Tat ist vermutlich am 25. Januar 1920 zwischen 3 1/2 und 6 1/2 Uhr nachm. verübt.
Entwendet sind aus der Wohnung ein Kontobuch der Deutschen Bank über 20 000 Mark, mehrere Sparkassenbücher des Danziger Sparkassen-Vereins, etwa 3000 Mark baren Geldes, eine schwere lange goldene Panzerkette mit Schieber, eine goldene Damenuhr ohne Kapsel, eine Brosche, bestehend aus einem 10-Markstück mit dem Bildnis Kaiser Friedrichs, umrahmt von einem goldenen Eichenkranz und mit kleiner goldener Krone, ein 3 bis 4 cm breites massiv goldenes Armband mit eingravierten Verzierungen, ein schmales goldenes Armband mit einer Perle, ein goldener Kneifer mit goldener Brustkette, eine goldene Brille.
Der Täter ist offenbar mit den Verhältnissen der Toten und ihrer Häuslichkeit vertraut gewesen.
Ich bitte Nachforschungen, insbesondere nach den gestohlenen Sachen, anzustellen und von etwaigen Wahrnehmungen der nächsten Polizeibehörde oder dem Unterzeichneten zu den Akten - 8 J 266,20 - Mitteilung zu machen.
Auf die Ergreifung der Täter ist vom Herrn Regierungspräsidenten hier eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt, deren Verteilung unter Ausschluß des Rechtsweges erfolgt.
Danzig, den 3. Februar 1920.
Der Erste Staatsanwalt. (343)

Korsetts

aus guten Stoffen besonders billig.
Toska Gunkel
Kohlenmarkt 9 gegenüber d. Stadttheater. Filialen in vielen Großstädten. (80)
Vorsicht
Frauen
Regelstörung
verlangen bei nur wirksamen Spezialmittel. Garantiert unschädlich. Schreiben Sie vertrauensvoll, wie lange Sie klegen. Diskret. Versand Bischoff, Hamburg 1, Schleusenstr. 111. Es schreibt: Th. Sch. Erfolg trat schon nach 4 Tagen ein; Ihr Mittel ist sehr gut. E. B. Dank für Mittel, welches zu meiner Zufriedenheit war; Wirkung nach 7 Tagen.
Sühneraugen, Ballen, Hornhaut, Warzen werden schmerzlos, sicher u. schnell beseitigt durch **Bliz Sühneraugensalbe** Dose 3.- Mk.
Fabrikant und Vertrieb Apotheker Draefel, Eriurt. Zu haben in Danzig in der Engel-Apotheke u. der Bahnhofs-Apotheke. (6022)

Anfertigung sämtlicher
DRUCKSACHEN
Ingeschmuckter und sauberer Ausstattung
Kataloge - Broschüren Zeitschriften - Bücher
Massenaufgaben in kürzester Zeit zu billigsten Preisen
Buchhandlung Sozialistische Literatur in größter Auswahl
Danziger Volksstimme
Fernsprecher 3290 Am Spendhaus 6 Fernsprecher 720

Volkstüml. Hochschulkurse.
Im Monat Februar werden folgende Vorträge abgehalten:
Freitag, den 6. Februar, Hörsaal 131. Geh. Reg. Rat Prof. Carsten: Die Wohnungsbauten Alt-Danzigs, mit Lichtbildern.
Sonnabend, den 7. Februar, Hörsaal 131. Geh. Reg. Rat Prof. Carsten: Die Wohnungsbauten Alt-Danzigs, mit Lichtbildern.
Freitag, den 13. Februar, Hörsaal 131. Prof. Dr. Ing. Phleps: Die Wohnungskultur in der Antike, dem Mittelalter und der Neuzeit, mit Lichtbildern.
Sonnabend, den 14. Februar, Hörsaal 131. Prof. Dr. Ing. Phleps: Die Wohnungskultur in der Antike, dem Mittelalter und der Neuzeit, mit Lichtbildern. (345)
Freitag, den 20. Februar, Physikal. Institut. Privatdozent Dr. Försterling: Die Lichtwellen und ihre Anwendung, mit Demonstrationen.
Sonnabend, d. 21. Februar, Physikal. Institut. Privatdozent Dr. Försterling: Die Lichtwellen und ihre Anwendung, mit Demonstrationen.
Freitag, den 27. Februar, Hörsaal 32. Prof. Dr. Stremme: Die Menschenrassen, insbesondere die der Ur- und Vorzeit.
Sonnabend, den 28. Februar, Hörsaal 32. Prof. Dr. Stremme: Die Menschenrassen, insbesondere die der Ur- und Vorzeit.
Die Vorträge finden nachmittags pünktlich 6-7 1/2 Uhr statt. Eintrittskarten wie bisher bei Bureau und im Geschäft der Hochschule.

Bei Schnupfen, Grippe, Husten, Heiserkeit, Kopfschmerzen und dergl. wirkt sicher **Cip** der kleinste Tascheninhalator. 1 Jahr Garantie für Wirksamkeit. Preis per Stück 6 Mk.
Adler-Apotheke Tel. 1794 Ohra Tel. 1794
Freie Turnerschaft Danzig.
Freitag, den 5. Februar, abends 8 Uhr in der Mauerherberge, Schusseldamm 28
Mitgliederversammlung.
Erscheinen jedes Turngenossen ist Pflicht. (341)

Mit **Fada** nur allein wird die Wäsche blütenrein
F * A * D * A
das ideale Seifenpulver mit Sauerstoffzusatz
Bei Schnupfen, Grippe, Husten, Heiserkeit, Kopfschmerzen und dergl. wirkt sicher **Cip** der kleinste Tascheninhalator. 1 Jahr Garantie für Wirksamkeit. Preis per Stück 6 Mk.
Adler-Apotheke Tel. 1794 Ohra Tel. 1794

Institut für Zahnleidende
Erich Mewald & Dr. med. Reinberger
Spezialist für Zahn-ersatz. Spezialarzt für Zahn- u. Mundkrankheiten.
Pfefferstadt 711. Telephon 2621.
Sprechzeit v. 8-7 Uhr, Sonntags v. 9-12 Uhr.
Zahnersatz in Ia Kautschuk und Gold in höchster technischer Vollendung. Zahnfüllungen usw. zu der bekannt mäßigsten Kostenberechnung.
Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Bei Bestellung künstlicher Zähne, Zahnziehen kostenlos.
Spezialität: (209) Patent-Reform-Gebiß (D. R. P. 200 603) plattierlos. Behandlung v. Auswärtigen mögl. in diesem Inst.

Zahn-Gold zurück
Prachvolle Baste erhalten Sie in kurzer Zeit nur durch mein **Anerbest!**
volle, feste Figur.
Besorgt: wieder Talle noch Hüfte. Leichte Auserlässe Anwendung. Große Erfahrungen und meine eigene Erfahrung beweisen die Vorzüglichkeit. Garantiert unschädlich. (672)
Diskrete Zusendung nur alle 10 durch Frau Emma Fischer, Berlin, Wilhelmstr. 71, Kaiser-Allee 169.
Eine Dose 2.75, Doppeldose 5.00 Mk., 3 Dosen 9.50 Mk. (nicht zur Kur erforderlich), Sonders zu empfehlen: Komplett-Methoden „Anerbest“, mit Spezialapparat „Frasenloch“ 15.50 Mark